Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1930

22.10.1930 (No. 246)

Visual Library

Nr. 246 Mittwoch, den 22. Oktober 1930 173. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 Fernsprecher Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 8515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Extraneerprüfungen an Höheren Schulen 1931

Die Prüfungen für Schulfremde (Extraneer) an den Höheren Schulen im Jahr 1931 werden gleichzeitig mit den ordentlichen Reifeprüfungen der Vollanstalten zwischen Weihnachten und Ostern abgehalten werden. Gesuche um Zulassung zu diesen Prüfungen sind mit den erforderlichen Nachweisen im Laufe des Monats Dezember d. J. einzureichen. Gesuche, die erst nach Ablauf dieser Frist einlaufen, oder durch nachträgliche Vorlage einzelner Nachweise ergänzt werden, werden nicht berücksichtigt.

Zu den Prüfungen für Schulfremde werden nur solche Privatschüler zugelassen werden, welche durch die Staatsangehörigkeit oder den jeweiligen Wohnsitz ihrer Eltern oder deren gesetzlichen Stellvertreter auf Baden angewiesen sind.

Die Zeugnisse über den genossenen Vorbereitungsunterricht müssen für die sprachlichen Fächer genaue Angaben enthalten über den Umfang der Lektüre. Bei den naturwissenschaftlichen Fächern müssen die Bescheinigungen erkennen lassen, daß hier der Vorbereitungsunterricht ein experimenteller Unterricht war und unter Benützung naturwissenschaftlicher Sammlungen erteilt wurde. Für alle Fächer sind die Lehrbücher anzugeben, die bei der Vorbereitung auf die Prüfung benützt werden.

Die Leiter und alle Lehrer der Höheren Schulen werden bei etwaigen Anfragen über obige Prüfungen die erforderliche Auskunft erteilen.

Die Grubenkatastrophe bei Aachen

Bisher 231 Tote

Die **Katastrophe im Wurmrevier** ist eine der schwersten, die den deutschen Bergbau betroffen haben. Die Zahl der Opfer hat sich jetzt als erheblich **größer** herausgestellt, als zeitweise angenommen wurde, da sich die Hoffnung, daß die **eingeschlossenen Bergleute außer Gefahr** seien, **nicht erfüllt** hat. Zahlreiche Bergleute wurden auf der untersten, vierten, Sohle der Grube in einer Tiefe von 460 Metern vollständig abgeschnitten. Die Aussichten, dort noch Lebende zu bergen, wurden im Laufe des gestrigen Tages immer geringer. In der Tiefe hat sich ein **furchtbares Drama** abgespielt. Nach den letzten Meldungen beträgt **die Zahl der Toten 231.**

*

WTB. Berlin, 22. Okt. (Tel.) Nach den bis 12.15 Uhr bei den Berliner Zentralbehörden vorliegenden Zahlen sind bisher in Alsdorf 170 Tote zu Tage gebracht worden. Unter Tage befinden sich noch 61 Tote, so daß jetzt im ganzen 231 Tote festgestellt sind. 96 Verletzte liegen in den Krankenhäusern. Der Unfallausschuß der Grubensicherheitskommission Bonn, der heute früh zusammengetreten ist, ist um 11 Uhr in den Unglücksschacht eingefahren. Nach seinen Untersuchungen an Ort und Stelle, die wahrscheinlich erst im Laufe des Nachmittags abgeschlossen sein werden, wird der Unfallausschuß seine Verhandlungen fortsetzen.

Ein Unsicherheitsfaktor für die Feststellung der Geretteten und der noch Verschütteten ist das tägliche Schwanken der Zahl der angetretenen Arbeiter. Die Markenkontrolle ist zerstört und die Zahl der Vermißten kann noch immer nicht mit Sicherheit festgestellt werden. Die Verwaltung hat eine gedruckte Liste der Vermißten im Ort verteilen lassen, um die Bevölkerung, die zum Teil die ganze Nacht hindurch vor den Toren ausharrte, so gut wie möglich zu unterrichten. In den letzten Morgenstunden konnten die Bergungsarbeiten beschleunigt und in 2½ Stunden 30 Tote herausgeschafft werden. Freiwillige sind mit der Aufschließung der zu Bruch gegangenen Strecken beschäftigt. Aus dem Ruhrgebiet sind noch nachts weitere Mannschaften der zentralen Rettungsstellen eingetroffen.

Die Sprengstofflager der Sohlen nahe an der vierten Sohle sind sämtlich in Ordnung befunden worden. Damit **entfällt** vorläufig die Ansicht, daß es sich **um eine Sprengstoffentzündung** handelte. Die Verbrennungsspuren an den Türen unter Tage deuten darauf hin, daß der Schlag seinen Ausgang vom Schacht genommen hat und von dort in die Querschläge gelangt ist. Auch die Richtung des Explosionsstoßes, den die Mannschaften empfanden, und dem sie zum Teil zum Opfer fielen, weist auf diese Annahme hin. Die Explosion hat die Wettertüren zerschlagen, und die Nachschwaden haben sich infolgedessen unbehindert auf das ganze Revier der Grube „Anna II" ausdehnen können. In diesen Schwaden haben dann die Leute den Tod gefunden, bei denen Erstickung festgestellt wurde.

Allgemeines Lob haben sich die ansässigen Belegschaften erworben durch ihren ganz hervorragenden Eifer und ihre unermüdliche Hilfeleistung. Wie gestern kreisen auch heute wieder Flieger über der Unglücksstätte.

Zur Linderung der Not haben die **Reichsregierung** und die **preußische Staatsregierung je 150 000 RM** zur Verfügung gestellt.

Letzte Nachrichten

Wechsel im preußischen Innenministerium

Severing wieder ernannt

WTB. Berlin, 22. Okt. (Tel.) Nach dem Amtl. Preuß. Pressedienst hat der preußische Innenminister, Professor Dr. Waentig, dem Ministerpräsidenten sein Rücktrittsgesuch überreicht. Dr. Braun hat dieses angenommen und zum Nachfolger den Reichs- und Staatsminister a. D. Severing ernannt.

Severing wird sein neues Amt bereits in den allernächsten Tagen antreten. Er weilt zur Zeit nicht in Berlin. Die Ernennung ist aber — wie mitgeteilt wird — bereits vorher mit ihm besprochen worden, und er hat auch seine Zustimmung gegeben. Der **Grund** für den Wechsel in der Leitung des preußischen Innenministeriums liegt einmal darin, daß der bisherige Minister Dr. **Waentig** den dringenden Wunsch hat, wieder zu seiner wissenschaftlichen Arbeit zurückzukehren. Er war ihr schon durch seine Tätigkeit als Oberpräsident der Provinz Sachsen entzogen worden und möchte nun eine Reihe von angefangenen wissenschaftlichen Aufgaben zu Ende führen. Professor Waentig steht im 61. Lebensjahr. Preußischer Innenminister war er seit dem 28. Februar d. J. als Nachfolger des Ministers Grzesinski. Ein weiterer Grund für den Wechsel ist darin zu suchen, daß Ministerpräsident **Braun** an der Spitze seines Innenministeriums gerade jetzt einen Mann sehen möchte, der für dieses spezielle Gebiet die Erfahrung und Autorität hat, die Minister Severing mitbringt. Er war bereits zweimal, und zwar von Ende März 1920 bis April 1921 und von November desselben Jahres bis zum Oktober 1926 preußischer Minister des Innern, im ganzen also sechs Jahre. Dazu kommt ihm auch noch die Erfahrung zustatten, die er als Reichsminister des Innern gesammelt hat.

Weltkongreß der Presse in Berlin

WTB. Berlin, 22. Okt. (Tel.) Die **Fédération internationale des journalistes**, der Weltverband der Journalisten, hat heute vormittag im Haus der deutschen Presse seinen zweiten, auf 4 Tage bemessenen Kongreß begonnen. In Anwesenheit von etwa 70 ausländischen Delegierten aus 25 verschiedenen Ländern eröffnete der bisherige Präsident, Prof. Georg **Bernhard**, die Beratungen mit einer Begrüßung der Delegierten und der Ehrengäste, des Direktors des internationalen Arbeitsamtes, **Thomas**, des Direktors der Nachrichtenabteilung des Völkerbundes, **Comert**, des Vertreters des Instituts für intellektuelle Zusammenarbeit in Paris und verschiedener Reichsbehörden. In einer späteren Rede skizzierte er das Programm der Tagung, das u. a. die Annahme einer **internationalen Ehrengerichtsordnung** und die Schaffung eines solchen Gerichtshofes für die Presse, ferner Vorträge über den Kampf des Journalismus mit den Erscheinungen, die durch die Konzentration im Zeitungswesen hervorgerufen worden sind, und eine Reihe von Fachfragen umfaßt.

Der geschäftsführende Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Presse, **Gustav Richter**, nannte in einer Ansprache die Entwicklung der persönlichen Beziehungen zwischen den Vertretern der verschiedenen Landesorganisationen das ideale Ziel der ganzen Bewegung, die, auf nationalem Boden gewachsen, internationale Aufgaben verfolgt und der Schaffung eines gemeinsamen Berufsethos neben der Sicherung der Lebensbedingungen für den Journalismus dient.

Die „Frankfurter Zeitung" und Oesterreich

CNB. Wien, 22. Okt. (Priv.-Tel.) Der Wiener Vertreter der „Frankfurter Zeitung", Dr. Kurt **Lachmann**, dessen letzter Bericht über die innenpolitische Lage in Österreich gestern im Ständigen Ausschuß des Nationalrates zur Verlesung gelangte und wesentlichen Anlaß zu den **Erklärungen** des Bundeskanzlers **Vaugoin** gab, hat **Österreich verlassen**. Gegenüber Gerüchten, daß Dr. Lachmann einem deutlichen Wink, abzureisen, gefolgt sei, da sein weiterer Aufenthalt in Österreich wegen seiner Berichte unerwünscht sei, da diese Berichte geeignet seien, das Ausland über die Lage in Österreich zu beunruhigen, wird an maßgebender Stelle erklärt, daß seitens der Regierung gegenüber Lachmann in dieser Richtung nichts erfolgt sei.

Das französische Parlament tritt am 4. November wieder zusammen.

Spenden für die Opfer von Alsdorf

WTB. Berlin, 22. Okt. (Tel.) Anläßlich des Grubenunglücks auf der Grube Anna II in Alsdorf bei Aachen nimmt wie in früheren ähnlichen Fällen die Reichsgeschäftsstelle der **Deutschen Nothilfe**, Berlin W 8, Wilhelmstr. 62, im Einverständnis mit den zuständigen Behörden für die Hinterbliebenen der ums Leben gekommenen Bergleute und für die Verletzten Geldspenden entgegen.

Die Einzahlung von Spenden wird erbeten auf das Postscheckkonto Berlin 156 000 oder auf Konto „Deutsche Nothilfe, Grubenunglück Grube Anna II in Alsdorf" bei der Zentrale der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft in Berlin.

*

Die Katastrophe hat ganz Deutschland in Trauer versetzt. Der **Reichspräsident** hat in einem Telegramm an den Regierungspräsidenten den Hinterbliebenen und Verletzten seine aufrichtige Anteilnahme ausgesprochen. Der Reichskanzler hat den Regierungspräsidenten von Aachen ersucht, der betroffenen Bevölkerung seine innigste Anteilnahme auszusprechen.

* Diskussion mit dem Ausland

Die außenpolitisch bedeutsamste Tatsache der letzten Wochen ist die **Diskussion**, die neuerdings über die Frage der **Revision des Friedensvertrags** und des **Youngplanes** geführt wird. Auch dann, wenn man sich auf den skeptischen Standpunkt stellen sollte, daß zunächst **praktisch** aus dieser Diskussion nichts für uns herauskommen wird, müßten wir jene Tatsache freudig begrüßen. Denn die bisherige Grabesstille ist nun einmal durchbrochen, die Welt **weiß**, daß **Deutschland** auf die Dauer **gewisse Bestimmungen des Friedensvertrags nicht hinnehmen kann**, und ferner, daß Deutschland **nicht** in der Lage ist, die Zahlungen des **Youngplanes** auf die Dauer zu leisten.

Es ist also erreicht worden, daß im Auslande über die deutsche Meinung **gesprochen** wird. Im Auslande herrschte bis dato die sehr bequeme Auffassung, daß Deutschland, da es ja keinen Widerspruch anmeldete, nicht nur bereit sondern auch **fähig** sei, den Youngplan auszuführen, und daß es sich in seiner Mehrheit mit dem **Friedensvertrag abgefunden** habe. Dieser **irrige** Glaube mußte einmal bekämpft und ausgemerzt werden.

Und das geschieht jetzt. Wir sind mitten in einer Entwicklung, die diesem Ziele dient. Und je mehr es gelingt, die Diskussion des Auslands über diese Dinge **im Gang zu halten**, je rascher wird sich bis in die kleinsten Dörfer der ausländischen Staaten die Kenntnis der Tatsache verbreiten, **daß** die große Mehrheit des deutschen Volkes die Revision **verlangt**. Und auch die offizielle deutsche Regierung ist von der Notwendigkeit solcher Revisionen überzeugt; sie will lediglich die **Sanierung der öffentlichen Finanzen abwarten**, bevor sie selber mit ganz bestimmten Schritten hervortritt.

In **Amerika** hat vor allem der frühere Reichsbankpräsident **Schacht** eine sehr rege und offenbar auch erfolgreiche Agitation **für den Revisionsgedanken** entfaltet. Dabei ist auch von der Möglichkeit eines **Moratoriums** gesprochen worden. In der amerikanischen Öffentlichkeit wurden Stimmen laut, die im Hinblick auf die Tatsache, daß Amerika in dem geschwächten Europa nur noch beschränkten Absatz findet, den Gedanken eines **allgemeinen Moratoriums** erörtern, eines Moratoriums, das sich zunächst auf die interalliierten Schulden bezieht, damit aber gewissermaßen automatisch auch Deutschland in der Form eines Zahlungsaufschubs für die geschützten Teile der Reparationsannuitäten zugute käme. Inzwischen sind jetzt wieder neue Meldungen gekommen, nach welchen Amerika nicht daran denke, sich ernstlich mit diesem Vorschlag zu beschäftigen. Nun, kein Baum fällt auf den ersten Hieb, die Hauptsache ist die, daß nicht nur in Amerika, sondern auch in Frankreich, England und Italien die Frage des Moratoriums und der Revision des Youngplanes Gegenstand der öffentlichen Aussprache geworden ist.

Was den **Friedensvertrag** anlangt, so hatte bekanntlich der rechtsradikale Abgeordnete **Hervé** in einem aufsehenerregenden Artikel der „Victoire" erklärt, man müsse den Versailler Vertrag **revidieren** und der **neuen Lage anpassen**. Nur so werde man das den Sieg des Bolschewismuß androhende Chaos in Deutschland überwinden. Hervé geht von der Meinung aus, daß, wenn die Dinge in Deutschland so bleiben, der russische Bolschewismus hier ein leichtes Spiel haben würde. Er schlägt also **Streichung der Reparationslasten** vor, sobald Amerika die Kriegsschulden gestrichen hat, er befürwortet den glatten Verzicht auf das **Saargebiet** und den **Anschluß Österreichs** an Deutschland, die Rückgabe **Togos** und **Kameruns** an Deutschland und die Revision der **Entwaffnungsbestimmungen**, dahingehend, daß Deutschland **ebensoviel Truppen unterhalten darf als Frankreich selbst**. Er ist ferner für Rückgabe des **Korridors** an Deutschland.

In einem weiteren Artikel hatte Hervé den **Stahlhelm** aufgefordert, sich seinerseits an der Diskussion mit Frankreich über alle diese Fragen zu beteiligen. Der erste Bundesführer des Stahlhelms hat darauf geantwortet, daß, wenn die Welt endlich zur Einsicht komme, der Stahlhelm gerne bereit sei zu einer solchen Unterhaltung. An die Stelle des Wortes „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" wird dann künftig das Wort treten: „Frontsoldaten aller Welt, setzt euch zusammen und ordnet diese verunstaltete Erde!"

Einstweilen hat der Frontkämpferbund in **Frankreich** die Ideen Hervés abgelehnt. Aber auch hier gilt das oben Gesagte: die Diskussion ist **eröffnet**, und sie kann für uns nur von Nutzen sein. Noch vor einem halben

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Jahre würde man es für unmöglich gehalten haben, daß ein französischer Abgeordneter öffentlich überhaupt derartige Vorschläge zu machen wagt. Hervé muß also wohl damit gerechnet haben, daß zum mindesten **ein Teil** der französischen Bevölkerung bereits für eine derartige Diskussion reif ist.

Länder und Finanzausgleich

Die Stuttgarter Besprechungen

Reichskanzler Dr. **Brüning**, Reichsfinanzminister Dr. **Dietrich** und der bayerische Ministerpräsident Dr. **Held**, trafen am Dienstag in Stuttgart ein, ebenso auch der badische Staatspräsident Dr. **Schmitt**, Innenminister Dr. **Wittemann** und der hessische Finanzminister **Firnberger**. Von 11 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends fand dann im Staatsministerium eine Besprechung statt, in der das **Sanierungsprogramm** der Reichsregierung in seiner **Auswirkung auf Länder und Gemeinden** eingehend besprochen wurde. Wie amtlicherseits verlautet, wurde dabei eine **„weitgehende Übereinstimmung"** zwischen Dr. Brüning und den anwesenden Ländervertretern erzielt. Am Abend begaben sich Kanzler und Finanzminister wieder nach Berlin zurück. Der Reichskanzler wird auch mit der **sächsischen Regierung** in Dresden Rücksprache nehmen.

Das der württembergischen Regierung nahestehende „Deutsche Volksblatt" schreibt dazu: Nach der Rücksprache in Berlin mit dem bayrischen Ministerpräsidenten Dr. **Held** und auch nach Besprechungen mit führenden Politikern süddeutscher Staaten, weiß der Reichskanzler, daß der **Finanzausgleich** und eine Reihe anderer Maßnahmen in der Form, wie sie das Regierungsprogramm vorsieht, von den Vertretern der **süddeutschen Staaten im Reichsrat nicht angenommen** werden können. Die Reichsregierung, die sich seit langem gegen die Verschlechterung der Finanzen in den Ländern und Gemeinden wendet, wird sich den Darlegungen der süddeutschen Länderregierungen nicht verschließen können. Es kommt jetzt darauf an, daß man die Folgen einer finanzpolitischen Regelung, die sich auf eine ganze Reihen von Jahren erstrecken wird, schon jetzt genau übersieht und die Vorlage so gestalten wird, daß die **Länder die Möglichkeit haben, die Ordnung der Finanzen bei sich und den Gemeinden herzustellen und beizubehalten.**

Die **Länderkonferenz** zur Überprüfung des Finanzausgleichs tritt am **18. November** in Berlin zusammen.

Aus den Ländern

Herabsetzung der württembergischen Landtagsdiäten verlangt. In Württemberg haben die Bauernbundsabgeordneten an den Landtagspräsidenten folgendes Schreiben gerichtet: „Nachdem im Reichstag die Diäten der Reichstagsabgeordneten um 20 Proz. herabgesetzt wurden, ersuchen wir den Herrn Landtagspräsidenten, Einleitung für eine sofortige Herabsetzung der Diäten der Landtagsabgeordneten zu treffen."

Keine Auflösung des Preußischen Landtags. Der Preußische Landtag **lehnte** Dienstag nachmittag den **Antrag der Wirtschaftspartei** auf sofortige Auflösung des Landtages in namentlicher Abstimmung mit 240 gegen 189 Stimmen **ab.** Das Ergebnis wurde von der Opposition mit Pfuirufen aufgenommen. Ein gleichlaufender kommunistischer Antrag war dadurch erledigt. Der Landtag hat dann die Diätenkürzung bestätigt und sich auf den 4. November vertagt. Das Zentrum hat eine Interpellation wegen des Grubenunglücks bei Aachen eingebracht.

Preußens Fehlbetrag erreichte am 1. Oktober rund 210 Millionen Reichsmark. Wie verlautet, finden über die Deckungsfrage im Preußenkabinett Vorbesprechungen statt. Der Fehlbetrag der Stadt Berlin belief sich am 15. Oktober auf 45,3 Millionen Reichsmark.

Die kommunalen Spitzengehälter in Preußen. Die Meldung eines Berliner Morgenblattes über Verhandlungen im preußischen Ministerium des Innern, in denen eine Herabsetzung der kommunalen Spitzengehälter erörtert worden sei, ist, wie nun mitgeteilt wird, in dieser Form nicht zutreffend. Es haben im Ministerium nur Verhandlungen mit Vertretern Berlins über die Frage der **Berliner** Kommunalgehälter stattgefunden.

Keine Landtagsauflösung in Lippe. Der Lippesche Landtag lehnte am Dienstag den von den Fraktionen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei sowie von der Landvolk- und Mittelstandsfraktion eingereichten Gesetzentwurf auf Landtagsauflösung mit 12 gegen 9 Stimmen ab. Dagegen stimmten die 9 Abgeordneten der Sozialdemokratie sowie die 3 Abgeordneten der Demokratischen Partei, der Volksrechtspartei und der Kommunisten. Nach der Ablehnung des Gesetzentwurfs wurde von der Opposition ein Antrag eingereicht, das Landtagspräsidium zu ersuchen, von sich aus den **Volksentscheid** zur Auflösung des Landtags in die Wege zu leiten.

Groener an Oldenburg-Januschau

Reichswehrminister Dr. **Groener** hat an den deutschnationalen Abgeordneten **v. Oldenburg-Januschau** einen offenen Brief gerichtet. Er geht darin auf die Gründe ein, die ihn veranlaßt haben, ein gerichtliches Verfahren gegen die **Ulmer Offiziere** zu eröffnen, und betont nochmals, daß die Verhaftung der jungen Offiziere nicht, wie behauptet wurde, von der Front weg angesichts der Mannschaften" vorgenommen wurde, sondern in möglichst unauffälliger Form nach dem Vorschlag und durch die Vermittlung des Abteilungskommandeurs geschah.

„Sie haben", so heißt es dann in dem Schreiben weiter, „mit vollem Recht die Verdienste des Generalobersten a. D. v. Seeckt um die Reichswehr hervorgehoben, aber dieselben infamen persönlichen Verdächtigungen, denen jetzt meine Mitarbeiter und ich ausgesetzt sind, sind im Jahre 1923 und 1924 auch Herrn von Seeckt nicht erspart geblieben.

Sie haben in Ihrer Rede **die Disziplin** gepriesen, mit der es sich nicht verträgt, daß Vorgänge innerhalb einer Truppe zum Gegenstand von Erörterungen an anderer Stelle gemacht werden, und glauben andererseits, die Haltung der jungen Offiziere verteidigen zu müssen, welche gegen ihre höchsten Vorgesetzten Stimmung zu machen und einen Zusammenschluß gegen sie zu organisieren versuchten. Ich habe die Pflicht, darüber zu wachen, daß die Grundlage der Reichswehr nicht dadurch zerstört wird, daß politische Strömungen sich zwischen Führer und Truppen einschieben, und die Reichswehr zu Parteizwecken mißbrauchen."

Der Reichsrat wird sich in seiner nächsten Vollsitzung, am morgigen Donnerstag, mit der vom Reichstag beschlossenen **Amnestie** beschäftigen. Wenn im Reichsrat ein Einspruch zustande kommt — und dieser kann schon mit mehr als einem Drittel der Stimmen beschlossen werden —, muß die Amnestie nochmals dem Reichstag vorgelegt werden. Ihre endgültige Annahme ist aber gesichert, da im Reichstag mehr als eine Zweidrittelmehrheit dafür vorhanden ist. Das preußische Staatsministerium hat beschlossen, im Reichsrat keinen Einspruch zu erheben.

Um das Moratorium

Die Diskussion geht weiter

WTB. London, 22. Okt. (Tel.). Der Washingtoner Korrespondent der „Times" versichert nochmals, daß ein Moratoriumsplan besteht, und daß dieser ein offenes Gesprächsthema in den finanziellen Kreisen, mit denen das Schatzamt eine enge Verbindung unterhält, bildet. Der Pariser Korrespondent des Blattes sagt zu den Meldungen aus Washington, trotz der verschiedenen Dementis glaube man in Pariser Finanzkreisen allgemein, daß es zu einem solchen Schritt kommen werde. Es wird angenommen, daß sich die Anregungen nur auf den geschützten Teil der deutschen Reparationszahlungen beziehen.

Coolidge über Kriegsschulden und Reparationen

WTB. **Washington**, 22. Okt. (Tel.). Der frühere Präsident **Coolidge** protestiert in der „Washington Post" gegen eine Verquickung des Reparations- mit dem Kriegsschuldenproblem. Die gegenwärtigen Jahresraten der Kriegsschulden, schreibt Coolidge, können von allen Ländern bezahlt werden, und **es gehe zu weit**, wenn man behauptet, wenn **Deutschland** sie nicht bezahle, könnten die **anderen Länder** ihre Schulden an die Vereinigten Staaten nicht bezahlen. Das würde letzten Endes bedeuten, daß die Reparationen von den **amerikanischen Steuerzahlern** bezahlt werden müßten. Die Theorie, daß die Streichung der Kriegsschulden den Welthandel heben würde, bedeute, daß man uns zumute, den Welthandel mit unseren inländischen Steuern zu subventionieren. Das wäre offenbar keine gerechte Lösung.

Hervé wendet sich an das französische Volk

WTB. **Paris**, 22. Okt. Der Herausgeber der „Victoire", Gustav **Hervé**, veröffentlicht heute drei **Zuschriften aus Deutschland**, die Briefe eines Hamburger Lehrers, eines Stahlhelmmitgliedes und einer Dame aus der alten Berliner Gesellschaft, die ihm zu seiner Initiative einer Revision des Versailler Vertrages und zu der damit verbundenen Herbeiführung einer **Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland** aufs wärmste beglückwünschen. Hervé fordert, das französische Volk solle sich nicht etwa lächerlich machen, sondern sein Herz sprechen lassen und Deutschland das wahre Gesicht des edlen Frankreichs zeigen.

*

WTB. **Paris**, 22. Okt. (Tel.). „Petit Journal" schreibt: Welche Ergebnisse Dr. **Schacht** in Amerika auch erreicht haben mag, die Gerechtigkeit muß man ihm widerfahren lassen, daß er die einzig mögliche Demarche versucht hat.

„Oeuvre" erklärt: Haben wir ein Interesse an einer Erleichterung für Deutschland? Zweifellos. Die letzten deutschen Wahlen sind durch außenpolitische Strömungen eben so sehr wie durch die Wirtschaftsnot bestimmt worden. Europa muß wünschen, daß Deutschland zu gleicher Zeit vor dem Bolschewismus und der Hitlerbewegung gerettet wird.

Das Wirtschaftsblatt „Journée Industrielle" äußert Bedenken. Wenn man dank eines doppelten Moratoriums in irgendeiner Form eine Revision und eine Änderung des Youngplans gestattete, liefe Frankreich Gefahr, in seinen Verpflichtungen gegenüber Amerika unberührt zu bleiben, da das Moratorium nicht dem Schuldenerlaß gleichkomme.

Zu dem Wahlausgang in Straßburg und Colmar

Einen politischen Einschlag hatte die Wahl von vornherein dadurch, daß die Nötigung zu Ersatzwahlen geschaffen worden war, durch die Annullierung der Mandate der Autonomisten **Rossé** in Colmar und **Schall** in Straßburg auf Grund des seinerzeit gegen sie ergangenen Urteils im Komplottprozeß von Colmar. Die Nationalisten sämtlicher Nüancen hatten dann diesen Einschlag politischer Natur bewußt verstärkt, indem sie den ganzen Wahlkampf mit politischen Argumenten, besonders mit dem Vorwurf führten, die Autonomiebewegung sei eine Ermutigung für die deutschen Nationalisten und Nationalsozialisten, und führe somit zum Kriege. In **Colmar** ist nun der Autonomist Rossé um nur 8 Stimmen hinter dem Kandidaten der chauvinistischen Einheitsfront zurückgeblieben. Auch diese 8 Stimmen scheinen übrigens ein unrechtmäßiger Gewinn zu sein, den sich die persönlich reichen Kandidaten regelrecht erkauft hatten. Auch Tote haben, dem „Els. Kurier" zufolge, gewählt. Über die **Wahlanfechtung** wird das Verwaltungsgericht zu entscheiden haben. In **Straßburg** dagegen ist der mächtige Ansturm der vereinigten Nationalisten, die nach dem ersten Wahlgang infolge geringer Wahlbeteiligung bei den Volksfrontparteien hatten über insgesamt 15 000 nationalistische gegen nur 9000 Volksfrontstimmen verfügen können, durch eine jener stürmischen Aufwallungen, die das Kennzeichen der elsässischen politischen Geschichte sind, zum Scheitern gebracht worden. Die Sozialisten, die drei der erledigten Mandate besessen hatten, verlieren alle drei. Unter den Gewählten befindet sich selbstverständlich wieder der Autonomist **Schall**, dem das Mandat aberkannt worden war. Die französische Regierung hatte bestimmt mit einer Niederlage der Heimatfront gerechnet. Sie ist nun bitter enttäuscht. Der neue Präfekt, der mit dieser Aufgabe nach Straßburg geschickt wurde, hat seinen ersten großen Mißerfolg weg. Lernen wird die Regierung wohl nichts daraus.

Die norwegischen Wahlen

Schwere Verluste der Arbeiterpartei und der Kommunisten

Infolge der starken Wahlbeteiligung haben bei den **norwegischen Wahlen** alle Parteien einen Stimmenzuwachs zu verzeichnen, mit Ausnahme der Kommunisten, die eine schwere Niederlage erlitten und voraussichtlich alle drei Mandate, über die sie im alten Storthing verfügten, verlieren werden.

Das bisherige Gesamtergebnis ist folgendes:

Arbeiterpartei 52, Konservative 38, Radikale Linke 32, Bauernbund 25. Die Konservativen gewinnen 8 Sitze, die Radikale Linke gewinnt 2 Sitze, der Bauernbund dürfte einen Sitz verlieren und die Arbeiterpartei hat 9 Sitze verloren und 1 gewonnen. Die bürgerliche Presse betont, daß die schwere Niederlage der Arbeiterpartei auf die **sehr radikalen Grundsätze** zurückzuführen sei, die einige ihrer Führer während des Wahlkampfes vertreten hätten.

Staatspartei tagt in Hannover. Infolge der aufgetretenen Schwierigkeiten wird der außerordentliche Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei am 8. November und der konstituierende Parteitag der Deutschen Staatspartei am 9. November nicht in Dresden, sondern in der Stadthalle in **Hannover** stattfinden.

Der Reichslandbund hat an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, in dem auf die weitere Verschärfung der Notlage der gesamten deutschen Landwirtschaft hingewiesen wird. Es wird das dringende Ersuchen ausgesprochen, dem Reichspräsidenten alle zur Rettung der Landwirtschaft erforderlichen Vorschläge, die der Reichslandbund erst kürzlich der Reichsregierung übermittelt hat, zwecks Erlasses einer **Notverordnung** zu unterbreiten.

Im Lohnstreit in der Berliner Metallindustrie hat der Reichsarbeitsminister die Parteien zu **Nachverhandlungen** über den Antrag auf Verbindlichkeitserklärung eingeladen, die am 23. Oktober stattfinden sollen.

74 weibliche Richter. Nicht weniger als 66 Gerichtsassessorinnen zählt gegenwärtig die deutsche Justizverwaltung; außerdem gibt es bereits 4 planmäßig angestellte Amts- und Landgerichtsrätinnen, sowie 4 ständige Hilfsarbeiterinnen. Damit verfügt die deutsche Justizverwaltung bereits über 74 im Richteramt tätige Frauen.

Gegen den deutschen Tonfilm. Der Landesverband der tschechischen Kinobesitzer hat beschlossen, vorläufig keine deutschen Tonfilme zu spielen.

Steuerüberschüsse in Frankreich. Die französischen Steuereinnahmen in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres beziffern sich auf 22 007 Millionen Franken und weisen im Vergleich zum Haushalt einen **überschuß von fast 600 Millionen Franken** auf. Allein für den Monat September beträgt der Überschuß 192 Millionen Franken.

Der Präsident der Zionistischen Weltorganisation, Dr. Weißmann, hat dem englischen Kolonialminister in einem Schreiben mitgeteilt, daß er sein Amt niederlege. Der Grund ist die Unzufriedenheit mit der neuen Regierungserklärung über die Palästinapolitik. Diese Politik müsse schließlich zur völligen Verleugnung der Rechte und zur Vernichtung der Hoffnungen der Juden auf eine nationale Heimstatt in Palästina führen.

Kleine Chronik

„Graf Zeppelin" vollführte am Dienstag eine fünfstündige Fahrt über Schweizer Gebiet, an der 31 Personen teilnahmen.

Das Junkersflugzeug „G 38", das wegen eines Kupplungsschadens längere Zeit in **Konstantinopel** bleiben mußte, landete am Dienstag im weiteren Verlauf seines **Europarundfluges** auf dem **Athener** Flugplatz. Der Kapitän Fischer wurde von griechischen Fliegeroffizieren herzlich begrüßt.

In **Nürnberg** hat der Kaufmann **Staufer** seine Frau, seinen Sohn und sich selbst, vermutlich aus wirtschaftlicher Not, erschossen.

Eine Explosion in der Munitionsfabrik in **Preßburg** (Tschechoslowakei) hat **sieben Todesopfer** gefordert. Das Unglück ist auf Fahrlässigkeit zurückzuführen.

Bei **Toms River** (New-Jersey) ereignete sich auf einem, von Anton **Heinen** erbauten **Klein-Luftschiff** für 6 Personen eine **Explosion.** Drei Mann der Besatzung wurden schwer verletzt. Der Erbauer, der die Herstellung solcher Kleinluftschiffe erst vor kurzem aufgenommen hatte, blieb unverletzt. Die Gondel wurde zerstört. Die Hülle des Luftschiffes, das eine Länge von 50 Metern hatte, zerriß. Da das Luftschiff aber mit Heliumgas gefüllt war, erfolgte keine Gasexplosion.

Badischer Teil

Der Fremdenverkehr für Baden im Monat September

Die vom Statistischen Landesamt ermittelten Zahlen lassen für den Monat **September** ein langsames Abklingen des Fremdenverkehrs erkennen. Immerhin haben noch 143 573 Fremde, davon 21 423 Ausländer, rund 250 badische Fremdenverkehrsplätze aufgesucht. (Die entsprechenden Zahlen des Vormonats betrugen 228 170 Fremde, hierunter 44 220 Ausländer.) Ist hiernach der Ausländerverkehr recht erheblich auf unter die Hälfte der Augustziffern herabgesunken, so ist doch der Besuch aus England mit 4575 Besuchern bemerkenswert stark geblieben. An zweiter Stelle steht dieses Mal die Schweiz mit 3611 Fremden, die im Vormonat an vierter Stelle stand. Auf die Vereinigten Staaten von Amerika, die im August mit 12 781 Besuchern die Spitze hielten, treffen nur noch 3287 Besucher. Die weitere Reihenfolge ist Holland (2662 Fremde), Österreich (2158 Fremde, deren Besuch nur unwesentlich zurückging) und schließlich Frankreich (1314); der Rest mit 3786 Fremden entfällt auf das übrige Ausland.

In gleichem Maße ist auch die Aufenthaltsdauer der Fremden zurückgegangen. Gegenüber rund 900 000 Übernachtungen des Monats August ließen sich für September nur noch 495 550 Übernachtungen insgesamt feststellen; hiervon entfallen 36 013 auf das Ausland (im Vormonat 84 010). Die durchschnittliche Übernachtungsdauer hat einen Rückgang von 3,9 auf 3,5 aufzuweisen. Von den einzelnen außerdeutschen Herkunftsländern hat England wie im Vormonat den ersten Platz mit 7392 Übernachtungen behauptet; 6686 Übernachtungen treffen auf die Schweiz; an dritter Stelle steht Holland, es folgen die Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich und Österreich. Im ganzen genommen ist das Ausland an der Gesamtbesucherzahl mit 14,9 v. H. (August 19,4 v. H.), an der Übernachtungsziffer mit 8,4 v. H. (10,6 v. H.) beteiligt.

Der Landesausschuß für die Radiumspende des badischen Volkes

tagte am Dienstagnachmittag im Sitzungssaal der Landesversicherungsanstalt. Er nahm die Berichterstattung der Verbandsleitung, sowie der Vertreter der dem Landesausschuß angehörenden 18 Verbände über die bisher getroffenen Maßnahmen entgegen. Es sollen möglichst viele Kreise in den Tagen vom 9. bis 15. November für die Sammlungen zur Radiumspende interessiert werden. In der nächsten Zeit wird auch mit der Abhaltung der öffentlichen Fachvorträge begonnen. Der Tagespresse gebühre Dank für die Förderung des gemeinnützigen Unternehmens; es soll ihr in den letzten Tagen vor der Sammlung noch eine besondere Beilage übermittelt werden. Auch durch wirksame Plakate und sonstige Reklamemittel wird die öffentliche Agitation unterstützt. Den einzelnen Ortsausschüssen bleibt überlassen, ob sie zu den Sammlungen Büchsen oder Listen verwenden wollen.

Besuch der Technischen Hochschule Karlsruhe

Im Sommer 1930 betrug die Zahl der immatrikulierten Studierenden an der Technischen Hochschule Karlsruhe nebst außerordentlichen Studierenden 1270, davon 120 Ausländer und 24 weibliche Studierende. Dazu treten 141 Hörer, so daß sich im letzten Sommerhalbjahr eine Gesamtzahl von 1411 Personen ergibt, darunter 120 Ausländer und 75 Frauen.

Aus den Parteien

Die bürgerliche Sammlung in Karlsruhe gescheitert. Die von der Deutschen Volkspartei (Ortsgruppe Karlsruhe) angestrebte Sammlung der bürgerlichen Parteien für die bevorstehenden Gemeindewahlen ist gescheitert.

„Bürgergemeinschaft" in Freiburg. Bei den kommenden Gemeindewahlen gehen in Freiburg die dem Zentrum nicht angehörenden bürgerlichen Parteien Freiburgs gemeinsam in den Wahlkampf. Es ist eine Liste aufgestellt worden „Bürgergemeinschaft", die sämtliche bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme des Zentrums, von den Deutschnationalen bis zur Staatspartei umfaßt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Badischer Industrie- und Handelstag

Der Badische Industrie- und Handelstag hielt am 13. Okt. im Sitzungssaal der Handelskammer **Freiburg** seine zweite diesjährige **Präsidialkonferenz** ab. Der Vorsitzende, Präsident **Lenel**, gedachte einleitend des Jubiläums der Handelskammer Freiburg. Es folgte eine **Aussprache über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage**, die von Präsident **Lenel** nach der handelspolitischen, sozialpolitischen und finanzpolitischen Seite hin gewürdigt wurde:

In handelspolitischer Beziehung brachte der **neue Handelsvertrag mit Finnland** insofern eine bedenkliche Wendung, als die vereinbarte Einräumung von Kontingenten mit Finnland eine Benachteiligung der mit uns in ähnlichen handelsvertraglichen Beziehungen stehenden Staaten, wie Dänemark und Holland, bedeutet und mit der bisher gültigen Auffassung vom Prinzip der Meistbegünstigung in Widerspruch steht. Die Auswirkungen für unseren Export und damit auch für unsere innerwirtschaftliche Lage sind keineswegs günstig zu beurteilen. In sozialpolitischer Beziehung steht nach wie vor die **Arbeitslosenversicherung** im Mittelpunkt der Erörterungen, zumal durch die ständig steigende Arbeitslosigkeit die Aufbringung der Mittel mit stets wachsenden Schwierigkeiten verknüpft ist. Die Reform der **Krankenversicherung**, wie sie durch die Notverordnung eingeführt wurde, hat sich bis jetzt bewährt.

Ausgehend von der Moldenhauerschen Finanzreform wies der Vorsitzende auf die wiederholten Versuche zur **Sanierung des Reichsetats** hin, die aber bis jetzt stets zwar neue Belastungen der Wirtschaft brachten, ohne aber das große Ziel einer Sanierung und Balancierung des Reichsetats zu erreichen. An Stelle der Moldenhauerschen Steuerbelastung in Höhe von 526 Millionen Reichsmark trat die Notverordnung, die wiederum neue Steueranforderungen in Höhe von 760 Millionen Reichsmark brachte. Die Einzelheiten des Notprogramms finden alsdann eine eingehende Würdigung, von denen aus das neue Finanzprogramm der Reichsregierung besprochen wird. Auch dieses bringt bekanntlich neue Belastungen. Es übernimmt aus dem Notprogramm den 5proz. Einkommensteuerzuschlag, die Bürgersteuer und die Gemeindebiersteuer und sieht weiter vor eine 6proz. Kürzung der Beamtengehälter sowie eine Zoll- und Steuererhöhung auf Tabak und eine Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge von 4½ auf 6½ Proz. Die Überprüfung des Programms ruft verschiedene Bedenken hervor. So ist beispielsweise die Bürgersteuer im Regierungsprogramm nicht absolut festgelegt, sondern vielmehr von den Ausführungsbestimmungen der Länder abhängig. Daraus ergibt sich, daß ihre Durchführung je nach der Zusammensetzung der Länderparlamente fraglich erscheint. Ferner ist in dem Programm nicht vorgesehen die Gleichstellung der Besteuerung öffentlicher und privater Betriebe. Dagegen soll unter gewissen Kautelen ein Aufsichtsrecht ausgeübt werden. Da die den Gemeinden zugebilligte Gemeindebiersteuer und Bürgersteuer nicht ausreichen, um den Mehraufwand der Gemeinden für Wohlfahrtsausgaben, der schätzungsweise 500 Millionen betragen wird, zu decken, bestehen noch große Unklarheiten darüber, wie die Gemeindefinanzen in Ordnung gehalten werden sollen. Die Finanzlage einer Reihe von Gemeinden ist so angespannt, daß deren Zahlungsfähigkeit gefährdet erscheint, was im Hinblick auf die Schädigung des deutschen Kredits im Ausland zu bedauern wäre. Die **Gehaltskürzung der Beamten** erscheint ebenfalls als eine harte Maßnahme, die aber mit Rücksicht auf die Möhlersche Beamtenbesoldungsreform, die auf die tatsächliche Lage der Reichsfinanzen seinerzeit keine Rücksicht nahm, unumgänglich notwendig erscheint. Begrüßenswert sind die vorgesehenen Einsparungsmaßnahmen, die sich auf Abstriche im Reichsetat, auf Vereinfachung der Finanzverwaltung und auf Senkung der Ausgaben für Wohnungsbauten in der Hauptsache beziehen. Aus der Beschränkung des Wohnungsbaues soll eine Senkung der Realsteuern und der Hauszinssteuer erreicht werden. Vermißt wird in dem Programm die Bereitstellung von Mitteln für den Lastenausgleich, der nach sachverständiger Schätzung zirka 200 Millionen erfordert, während nur 80 Millionen zur Verfügung stehen. Das neueste Finanzprogramm der Reichsregierung ist immerhin als eine **erste bedeutsame Abkehr von der bisherigen Wirtschafts- und Finanzpolitik** der Reichsregierung anzusehen und hat demgemäß besondere Beachtung seitens der Wirtschaft verdient.

Gegenüber der großen Aufgabe der Sanierung der Reichsfinanzen tritt das **Reparationsproblem** zurück; denn während auch die jährlichen Aufwendungen für Reparationen 1,7 bis 2 Milliarden Reichsmark betragen, belaufen sich die Aufwendungen an die öffentliche Hand auf 25—27 Milliarden Reichsmark. Wichtiger als der Ruf nach der Herabsetzung der Reparationsverpflichtungen erscheint daher vom Standpunkt der Wirtschaft aus der **Ausgleich des Etats** unter gleichzeitiger **Einschränkung der öffentlichen Ausgaben** auf allen Gebieten der öffentlichen Verwaltung.

Die Aussprache über die **Abänderung der Vergleichsordnung** ergab Einstimmigkeit darüber, daß die Wohltat eines Vergleiches nur dem würdigen Schuldner zukommen dürfe. Die vorliegenden Abänderungsvorschläge sollen unter diesem Gesichtspunkt einer Prüfung unterzogen werden, wobei auch eine Angleichung an die österreichische Ausgleichsordnung vorgesehen ist.

Das Bedürfnis der Wirtschaft nach Schaffung eines neuen Berufsstandes, der als **Wirtschaftstreuhänder bzw. Wirtschaftssachverständiger** bezeichnet werden soll, wird ebenfalls allgemein anerkannt. Es bestand Einigkeit darüber, daß das Zulassungs- und Prüfungswesen auf dezentralisierter Grundlage zu handhaben ist. Außerdem sprach sich die Mehrheit der Kammern dafür aus, daß die erfolgreiche Ablegung der Prüfung zu einer Betätigung in der Praxis berechtigen soll.

Bei der Frage der **Verleihung des Sachverständigenbeeidigungsrechts an die badischen Handelskammern** erwiesen sich weitere Klärungen als notwendig, weshalb diese Frage erneut bei nächster Gelegenheit zur Besprechung kommen soll. In ähnlicher Weise müssen Anregungen, die die **höheren Handelsschulen** und den **Ausbau der Volksschule** betrafen, einer nochmaligen Beratung unterzogen werden.

Die **Amtsdauer des Einzelhandelsausschusses beim Badischen Industrie- und Handelstag** soll in Ermangelung gesetzlicher Grundlagen sich nach der allgemeinen Wahlperiode für die einzelnen Handelskammermitglieder richten und daher drei Jahre betragen. Hinsichtlich der **Berücksichtigung des Handelsvertretergewerbes im Plenum der einzelnen Kammern** bestand Übereinstimmung, daß das Handelsvertretergewerbe je nach seiner Bedeutung in den einzelnen Kammerbezirken u. je nach Qualität der zur Verfügung stehenden Persönlichkeiten bei der Aufstellung der Wahllisten Beachtung finden soll oder nicht.

Auf Anregung des Deutschen Industrie- und Handelstags war das Bedürfnis nach einer Vertiefung der **Beziehungen zwischen Handelskammern und Landwirtschaftskammer** zu prüfen. Es ergab sich hierbei, daß in Baden ein Anlaß zur Änderung des bisher bestehenden Verhältnisses nicht besteht.

Über die bis jetzt mit der **Handwerksnovelle** gemachten Erfahrungen erfolgte eine kurze Aussprache, die von Zeit zu Zeit Wiederholung finden soll.

In Anbetracht einer bevorstehenden Sitzung in Berlin wurde die Besprechung über die **Reichsstädteordnung** bis auf weiteres vertagt.

Außerdem sprach sich die Versammlung noch über folgende Punkte aus: Lockerung der Schrottausfuhr, Zollerhöhung für Gasöle, Zahlungssitten, Zugabewesen, Abwälzung der Gewerbesteuer durch die Rechtsanwälte, Schuldnerverzeichnisse und Aktienrechtsreform.

Aus der Landeshauptstadt

Das Karlsruher Lehrinstitut für Dentisten

feierte am 18. und 19. Oktober sein 10jähriges Bestehen. Den Auftakt zur Wiedersehensfeier bildeten 6 fachwissenschaftliche Vorträge, die gut besucht waren. Am Abend trafen sich die Teilnehmer im kleinen Saal der städtischen Festhalle.

Am Sonntagvormittag fand wieder im Festsaal der Bad. Hochschule für Musik der offizielle Festakt statt. Er war umrahmt von zwei Musikvorträgen. In seiner Festrede konnte der Direktor des Instituts, Emil **Kimmich**, einleitend den Vertreter der Regierung, Oberregierungsrat Frhr. **von Babo**, sowie der Stadt, Oberbürgermeister Dr. **Finter**, Landtagsabgeordnete und Stadträte sowie Vertreter der Krankenkassen und der Presse begrüßen. Der Vertreter des Reichsverbandes deutscher Dentisten, Verbandsdirektor **Siebecke** (Berlin) sprach namens des Reichsverbandes den Dank an Staatsregierung und Stadt Karlsruhe für die tatkräftige Förderung des Instituts aus. Der **Regierungsvertreter** überbrachte die Glückwünsche des Innenministers und versprach weitere Förderung des Lehrinstituts. Oberbürgermeister Dr. **Finter** bezeichnete das Institut als ein Karlsruher Kind, das die Stadtverwaltung deshalb fördere, wobei sie gleichzeitig stolz auf diese Musteranstalt sei. Namens der erschienenen Landtagsabgeordneten beglückwünschte Oberregierungsrat **Bauer** den Direktor des Instituts. Nachdem sodann noch der Direktor des Berliner Lehrinstituts, **Imming**, und Institutshauptlehrer **Büche** am Frankfurter Lehrinstitut die Glückwünsche dieser Anstalten und der Großbezirksvorsitzende **Levin** (Berlin) die Glückwünsche der Großbezirke übermittelt hatten, fand die 10jährige Gründungsfeier nach einer kurzen Schlußansprache des Direktor des Instituts mit einer eingehenden Besichtigung aller Räumlichkeiten im Institut ihr Ende.

Versammlungsverbot in Durlach. Infolge der politischen Vorkommnisse der letzten Tage ist durch eine polizeiliche Verfügung bis auf weiteres in Durlach jede politische Versammlung gleich welcher Partei auch in geschlossenem Raume verboten.

Ein Brand im Landtagsgebäude. Heute vormittag gegen ½11 Uhr entstand im Lesezimmer des Landtagsgebäudes ein Brand. Beim Reinigen der Parkettböden geriet der elektrisch betriebene Apparat (sog. Blocker) dadurch in Brand, daß ein Funke aus dem Apparat sprang und diesen sofort in helle Flammen setzte. Auch die Gardinen, die Holzwandbekleidung und der Fußboden wurden in Mitleidenschaft gezogen. Man suchte zunächst mit dem vorhandenen Minimaxapparat des Feuers Herr zu werden, aber ohne Erfolg. Erst der schnell herbeigeeilten Feuerwehr gelang es, nach etwa einhalbstündiger Arbeit das Feuer zu löschen. Der Schaden dürfte etwa 4000 *RM* betragen.

Erstes Sinfoniekonzert des badischen Landestheaterorchesters. Auftakt zu den im kommenden Winter vorgesehenen Sinfoniekonzerten des badischen Landestheaterorchesters bildet, wie schon wiederholt bekanntgegeben, heute, **Mittwoch, abend (22. Okt.)** ein Programm, das zwei sinfonische Großwerke umfaßt. Neben der **dritten Sinfonie von Brahms** darf vor allem **Gustav Mahlers IV. Sinfonie**, wohl die eingänglichste Schöpfung des reifen Meisters, allgemeines Interesse beanspruchen dank auch der solistischen Mitwirkung von **Ria Ginster** (Frankfurt) im Schlußsatz. Das Konzert von etwa zweistündiger Dauer (musikalische Leitung: Generalmusikdirektor **Josef Krips**) beginnt genau wieder wie in den Vorjahren um 20 Uhr.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Das englische Tief füllt sich auf, jedoch wird seine Rückseitenströmung auch morgen noch unsere Witterung bestimmen. — **Wetteraussichten:** Veränderlich und kühl mit strichweisen Regenschauern, westliche Winde.

Wasserstände: Waldshut 303—7, Basel 118—9, Schusterinsel 177—10, Kehl 312—9, Maxau 511—15, Mannheim 446—20, Kaub über 200 Zentimeter.

Gemeinderundschau

Der Bürgerausschuß Karlsruhe

hielt am Dienstag seine voraussichtlich letzte Sitzung vor den Neuwahlen ab, die nur ¾ Stunden währte. Dabei gedachte der **Oberbürgermeister** einleitend der Grubenkatastrophe bei Aachen und der unglücklichen Opfer. Ein kommunistischer Antrag auf Vorlage eines Arbeitsbeschaffungsprogramms wird im Stadtrat beraten. Die Erbauung einer **Brücke über die Alb** in Gegend der Nürnberger Straße wurde einstimmig genehmigt. Dabei wurde auch eine Zugangsstraße für den Dammerstock gefordert.

In seiner Schlußansprache gab Oberbürgermeister Dr. **Finter einen Rückblick** auf die 41 Sitzungen der verflossenen vierjährigen Wahlperiode. Es wurden vier städtische Haushalte und 231 Sondervorlagen erledigt. Davon waren 6 zur Kenntnisnahme bestimmt, während von 225 Vorlagen 2 abgelehnt, 3 zurückgezogen oder vertagt und 1 Vorlage an einen Ausschuß verwiesen wurden. Bewilligung fanden also 219 Vorlagen. Für den **Wohnungsbau** wurden insgesamt 21¼ Millionen bewilligt, davon 6½ Millionen der Gebäudesondersteuer entnommen und 6½ Millionen aus Kommunaldarlehen des badischen Staates flüssig gemacht. Die Stadt war darüber hinaus genötigt, 8¼ Millionen Reichsmark von fremden Geldgebern hereinzunehmen. Die Zahl der erstellten Wohnungen beträgt 4200, das ist ein Zehntel des ganzen Wohnungsstandes der Stadt. Entsprechend groß ist die Zahl der neuangelegten Straßen. Genehmigt wurden drei Brückenbauten über die Alb, von denen zwei bereits ausgeführt sind. Die bauliche **Sanierung der Altstadt** hat durch die Erwerbung des alten Bahnhofgeländes eine weitgehende Förderung erfahren. Den Interessen von Handel und Industrie diente die Ausstattung des städtischen **Rheinhafens**, u. a. mit neuen Krananlagen. Ferner war die Stadtverwaltung mit Erfolg um die Gewinnung der **Michelinwerke** bemüht, die sich gegenwärtig einrichten. Von weiteren wichtigen Vorlagen sind zu erwähnen die Errichtung eines **neuen Wasserwerkes** im Mörscher Wald, die Fortführung der Straßenbahn nach **Rintheim** und die Elektrifizierung der Bahn nach **Durmersheim.** Im Interesse der Volksgesundheit hat man das **Strandbad Rappenwört** errichtet und auch auf dem Gebiete der **Schule** das Nötige getan durch zwei Neubauten: Beiertheimer Volksschule und Erweiterung der Kant-Realschule.

Der Bürgerausschuß Todtnau nahm den Voranschlag für das Jahr 1930/31 ohne größere Debatte mit 38 gegen 10 Stimmen an. Dies ist um so erfreulicher, als im Vorjahr der Voranschlag für 1929/30 mehrfach abgelehnt wurde, so daß er schließlich vom Bezirksrat festgesetzt werden mußte.

Walldürn erhält Selbstanschluß. Ein langgehegter Wunsch der Gemeinde, die Einrichtung eines Selbstanschlusses beim Postamt Walldürn, wird noch in diesem Jahre in Erfüllung gehen. Der Reichspostminister hat seine Zusage bereits gegeben.

Kurze Nachrichten aus Baden

Kommerzienrat Josef Himmelsbach †.

bld. **Freiburg** i. Br., 22. Okt. Im Alter von 82 Jahren ist hier nach kurzem Leiden Kommerzienrat **Josef Himmelsbach**, Seniorchef der Holzgroßhandlung J. Himmelsbach in Freiburg, **gestorben.** Im Jahre 1873 hatte er in Freiburg das Unternehmen gegründet, das sich aus kleinen Anfängen entwickelt hat und heute als Holzgroßhandlung, Imprägnieranstalt, Säge- und Hobelwerk **eines der größten Unternehmungen dieser Art Deutschlands darstellt.** Bis zum Jahre 1907 führte der Verstorbene sein Unternehmen allein, dann wurde die Firma durch Aufnahme des einzigen Sohnes, August Himmelsbach, in eine offene Handelsgesellschaft umgewandelt. Der Sitz der Firma mit ihrer Zentralverwaltung befindet sich in Freiburg. Die Werke liegen in Hölzlebruck, Ummendorf, Eichelsdorf und Nidda. Das Werk Hölzlebruck wurde zweimal, das Werk Ummendorf einmal durch Feuer zerstört, aber wieder aufgebaut.

„Graf Zeppelin" ehrt Dr. Karl Benz

bld. **Ladenburg**, 21. Okt. Eine schöne **Ehrung** bereitete **„Graf Zeppelin"** bei seiner Landungsfahrt nach Mannheim dem Autoerfinder Dr. **Karl Benz.** „Graf Zeppelin" machte über Alt-Ladenburg einige Ehrenrunden. Es waren feierliche Augenblicke, als „Graf Zeppelin" seinen Weg langsam über den Friedhof direkt über das Ehrengrab nahm, an dem die Gemahlin des großen Toten in tiefer Bewegung stand. Mit abgestellten Motoren, langsam und feierlich, nahm das Luftschiff seinen Weg über den Friedhof. In tiefer Bewegung standen in dichten Reihen die Besucher.

Politische Schlägerei in Freiburg

DZ. **Freiburg**, 22. Okt. Bei einer gestern abend im Stadtteil **Haslach** abgehaltenen **nationalsozialistischen Versammlung**, die stark besucht war, wurde von **Kommunisten** systematisch auf Sprengung der Versammlung hingearbeitet. Als diese die Internationale sangen, setzten urplötzlich die **Tätlichkeiten** ein, bei denen Biergläser, Stuhlbeine und ähnliche Gegenstände eine Rolle spielten. Vermutlich sind die Angreifer im kommunistischen Lager zu suchen. Die sofort eingesetzte **Polizeihilfe** wurde von Kommunisten tätlich angegriffen. Die Polizei konnte aber schließlich doch den erst kürzlich neu hergerichten, jetzt **völlig demolierten Saal** räumen. Acht Personen wurden in die chirurg. Klinik übergeführt, wo sie nach Kopfverbänden wieder entlassen wurden. Eine ganze Reihe anderer Personen dürfte ebenfalls Verletzungen davongetragen haben. Sistierungen wurden vorgenommen, doch sind die Haupträdelsführer auf Fahrrädern entkommen. Die Nationalsozialisten marschierten unter polizeilichem Schutz zur Stadt, wo sie sich auflösten.

DZ. **Mannheim**, 21. Okt. Frau Professor Elisabeth **Altmann-Gottheiner** ist vergangene Nacht, 57 Jahre alt, nach langem Leiden hier **gestorben.** Die Handelshochschule Mannheim hat durch ihren Tod einen schweren Verlust erlitten. Sie studierte 1899—1902 in London, Berlin und Zürich. 1908 erhielt sie einen Lehrauftrag an der Handelshochschule Mannheim.

DZ. **Istein**, 21. Okt. Infolge des raschen Sinkens des Wasserstandes sind die berüchtigten **Isteiner Schwellen** wieder zu einem großen Schiffahrtshindernis geworden, und nicht weniger als drei Schleppkähne fuhren am Dienstag auf den Felsen fest. Sie konnten nur mit großer Mühe wieder freikommen. Zur Zeit liegen drei Schleppzüge mit sechs Kähnen unterhalb der Isteiner Schwellen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	22. Oktober Geld	22. Oktober Brief	21. Oktober Geld	21. Oktober Brief
Amsterdam 100 G.	168.96	169.30	168.73	169.07
Kopenhagen 100 Kr.	112.24	112.46	112.13	112.35
Italien . . 100 L.	21.96	22.00	21.935	21.975
London . . 1 Pfd.	20.385	20.425	20.364	20.402
New York 1 D.	4.1945	4.2020	4.1890	4.1970
Paris . . . 100 Fr.	16.459	16.499	16.445	16.485
Schweiz . . 100 Fr.	81.465	81.625	81.365	81.525
Wien 100 Schilling	59.165	59.285	59.10	59.22
Prag. . . . 100 Kr.	12.444	12.464	12.428	12.448

Der Aktienindex. Der vom Statistischen Reichsamt errechnete Aktienindex (1924/26 = 100) stellt sich für die Woche vom 13. bis 18. Oktober 1930 auf 93,9 gegenüber 94,3 in der Vorwoche, und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 90,8 (90,2), Gruppe verarbeitende Industrie auf 82,2 (82,8) und Gruppe Handel und Verkehr auf 116,8 (117,8).

Staatsanzeiger

Staatsprüfung für das Höhere Lehramt an Handelsschulen im Herbst 1930.

Gemäß Verordnung des Staatsministeriums vom 28. März 1930 über die Ausbildung und Prüfung für das Höhere Lehramt an Handelsschulen — Gesetz- und Verordnungsblatt 1930, Seite 21/24 — haben die Staatsprüfung für das Höhere Lehramt an Handelshochschulen im Herbst 1930 bestanden.

Albicker Josef von Wertheim, **Bangert** Elisabeth von Pforzheim, **Bauer** Wilhelm von Bruchsal, **Becker-Bender** Emil von Mannheim, **Daub** Walter von Karlsruhe, **Dietrich** Fritz von St. Gallen, **Doll** Karl von Eppingen, **Dufner** Julius von Freiburg i. Br., **Eichhorn** Karl von Rohrdorf, Amt Meßkirch, **Erbacher** Georg von Walldürn, **Erles** Karl von Bruchsal, **Faller** Walter von Freiburg i. Br., **Fischer** Friedrich von Weinheim, **Früh** Walter von Karlsruhe, **Gießler** Hermann von Offenbach a. M., **Hacker** Emilie von Heidelberg, **Heberer** Gertrud von Heidelberg, **Heinzmann** Karl von Adelsheim, Amt Mosbach, **Heß** August von Ludwigshafen a. Rh., **Jung** Rudolf von Mannheim, **Kamm** Friedrich von Nimburg am Kaiserstuhl, **Kipphan** Gertrud von Mannheim-Neckarau, **Link** Friedrich von Freiburg i. Br., **Müller** Ernst von Hockenheim, **Müller** Ludwig von Wieblingen bei Heidelberg, **Nardin** Paul von Lörrach, **Quenzer** Karl von Oberschefflenz, Amt Mosbach, **Rappenecker** Maria von Freiburg i. Br., **Rappmann** Bruno von Mannheim, **Reuther** August von Kembach, Amt Wertheim, **Rothaupt** Josef von Aufhausen-Bopfingen, Oberamt Neresheim (Württemberg), **Russi** Karl von Straßburg, **Scheppe** Helmut von Buchen, **Schmider** Ferdinand von Schramberg, **Schmidt** Theo von Ersingen, Amt Pforzheim, **Senn** Alfons von Leustetten, Amt Überlingen, **Sorge** Otto von Plantiéres Queulen (Metz) **Stoll** Hans von Karlsruhe, **Stolzenberger** Siegfried von Grötzingen, **Uhl** Ernst von Villingen, **Werner** Irene von Heidelberg, **Westenfelder** Alfred von Offenburg, **Wittmann** Karl von Freiburg Br., **Wünsch** Wilhelm von Knielingen bei Karlsruhe, **Zilling** Ernst von Oberschefflenz bei Mosbach.

Karlsruhe, den 16. Oktober 1930.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

J. V.: Dr Huber.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Auslosung von Auslosungsrechten zur Ablösungsanleihe der Stadt Mannheim

Bei der am 7. Oktober 1930 vorgenommenen Auslosung der auf Ende Dezember 1930 zur Heimzahlung fällig gewordenen V. Tilgungsrate der Auslosungsrechte zur Ablösungsanleihe der Stadt Mannheim wurden folgende Nummern gezogen:

Serie A. 35 Stück zu je 1000 *RM* Nennbetrag.

85 98 119 162 189 191 213 265 399 434 453 487 522 523 536 557 572 586
609 659 668 777 803 855 867 903 918 927 930 952 985 1034 1041 1047 1048

Serie B. 11 Stück zu je 500 *RM* Nennbetrag.

1225 1240 1329 1354 1361 1400 1416 1453 1455 1490 1516

Serie C. 46 Stück zu je 200 *RM* Nennbetrag.

1610 1639 1677 1758 1768 1923 1933 1949 1979 1987 1989 2028 2038 2053 2061 2137 2140 2200
2314 2325 2332 2342 2347 2367 2384 2388 2413 2421 2423 2493 2522 2524 2531 2547 2575 2591
2659 2704 2731 2740 2794 2810 2828 2897 2922 2927

Serie D. 81 Stück zu je 100 *RM* Nennbetrag.

8003 3004 3048 3122 3138 3145 3146 3154 3173 3182 3213 3215 3232 3263 3331 3361 3409 3421
3442 3532 3546 3556 3620 3633 3636 3645 3675 3718 3758 3766 3782 3831 3875 3903 3946 4018
4053 4087 4089 4212 4259 4306 4319 4333 4353 4356 4400 4407 4419 4426 4514 4522 4581 4607
4654 4680 4700 4778 4789 4831 4835 4850 4851 4854 4900 4929 4930 4935 4954 4978 5063 5073
5111 5153 5199 5209 5213 5272 5858 5361 5368

Serie E. 165 Stück zu je 50 *RM* Nennbetrag.

5526 5528 5545 5549 5583 5596 5627 5692 5709 5720 5731 5805 5822 5842 5952
6016 6023 6031 6036 6068 6075 6117 6118 6122 6144 6151 6217 6233 6249 6250
6255 6261 6290 6312 6461 6485 6492 6509 6527 6574 6584 6620 6635 6654 6656
6665 6678 6693 7716 6720 6732 6736 6785 6826 6856 6860 6902 6956 6963 7053
7060 7115 7186 7190 7197 7200 7228 7233 7243 7312 7331 7395 7397 7403 7409
7417 7426 7525 7581 7589 7765 7787 7798 7830 7843 7850 7855 7875 7886 7895
7965 8018 8068 8103 8211 8215 8254 8307 8408 8456 8506 8598 8640 8653 8654
8663 8696 8705 8768 8776 8793 8803 8850 8880 8922 8941 8948 9013 9055 9091
9151 9168 9178 9180 9228 9234 9251 9319 9339 9345 9351 9355 9357 9381 9409
9427 9455 9462 9477 9533 9556 9560 9571 9629 9677 9681 9682 9751 9921 9969
10009 10075 10099 10136 10148 10179 10215 10239 10252 10288 10292 10317 10318 10348 10373

Serie F. 223 Stück zu je 25 *RM* Nennbetrag.

10755 10781 10782 10802 10839 10880 10932 10936 10956 10959 10973 10986 11001 11003 11061
11121 11159 11171 11177 11189 11204 11207 11266 11289 11311 11365 11377 11378 11408 11488
11524 11541 11608 11609 11639 11654 11673 11680 11681 11682 11683 11730 11802 11867 11920
11937 11997 12025 12047 12061 12101 12107 12108 12177 12202 12205 12209 12222 12283 12284
12360 12369 12416 12422 12423 12449 12462 12463 12465 12527 12575 12579 12602 12661 12667
12668 12671 12694 12697 12715 12766 12796 12824 12825 12826 12849 12909 12977 13013 13021
13141 13172 13175 13263 13270 13279 13280 13283 13358 13409 13411 13423 13427 13474 13520
13579 13639 13660 13663 13696 13713 13787 13806 13823 13838 13909 13955 13962 13976 14054
14073 14082 14092 14106 14164 14173 14188 14229 14241 14298 14408 14422 14445 14485 14491
14516 14518 14549 14576 14601 14639 14669 14697 14788 14796 14876 14919 14998 15036 15048
15071 15128 15143 15156 15224 15235 15259 15353 15354 15359 15442 15472 15475 15535 15601
15643 15659 15704 15838 15954 15974 15993 16012 16057 16073 16084 16100 16152 16163 16185
16246 16247 16248 16288 16289 16305 16307 16391 16443 16490 16508 16516 16582 16606 16610
16626 16655 16723 16724 16749 16750 16751 16762 16801 16827 16833 16863 16897 17005 17063
17175 17192 17193 17227 17232 17253 17264 17269 17297 17316 17317 17346 17402

Serie G. 159 Stück zu je 12,50 *RM* Nennbetrag.

17954 17983 17988 17999 18011 18014 18219 18232 18237 18240 18248 18272 18285 18329 18334
18356 18411 18429 18458 18604 18631 18683 18692 18745 18800 18879 18937 18983 19000 19066
19080 19104 19128 19157 19176 19190 19222 19236 19242 19263 19319 19374 19449 19496 19558
19623 19626 19649 19657 19659 19704 19718 19743 19748 19772 19805 19857 19904 19936 19939
19983 20009 20010 20056 20097 20188 20208 20229 20278 20291 20335 20407 20432 20441 20526
20536 20538 20589 20598 20625 20640 20653 20668 20670 20690 20696 20699 20707 20719 20735
20768 20804 20809 20860 20862 20874 20903 20919 20920 21051 21070 21076 21126 21142 21182
21242 21245 21248 21262 21275 21282 21298 21321 21366 21384 21416 21418 21430 21461 21465
21565 21601 21748 21777 21799 21831 21861 21862 21866 21902 21928 21929 21981 22000 22053
22121 22127 22189 22198 22215 22257 22270 22271 22293 22313 22320 22347 22364 22395 22396
22436 22444 22490 22509 22525 22543 22598 22607 22683

Die gezogenen Auslosungsrechte werden mit dem sechsfachen Betrag ihres Nennwerts, zuzüglich 5 Prozent Zinsen für die Zeit vom 1. Januar 1926 bis 31. Dezember 1930, heimbezahlt. An den gesetzlichen Zinsen kommen 10 Prozent Steuer vom Kapitalertrag in Abzug. Hiernach werden bezahlt:

Serie	A	B	C	D	E	F	G
Nennwert	1000 RM.	500 RM.	200 RM.	100 RM.	50 RM.	25 RM.	12,50 RM.
6facher Betrag	6000,—	3000,—	1200,—	600,—	300,—	150,—	75,—
Dazu 5% Zinsen für 5 Jahre nach Vornahme des Steuerabzugs vom Kapitalertrag	1350,—	675,—	270,—	135,—	67,50	33,75	16,90
Zahlungsbetrag	7350,—	3675,—	1470,—	735,—	367,50	183,75	91,90

Kapital und Zinsen sind auf **Ende Dezember 1930** zur Heimzahlung fällig. Die Einlösung erfolgt auf Vorlage des Auslosungsscheines und von Schuldverschreibungen der Ablösungsanleihe im gleichen Nennwert bei folgenden Zahlstellen:

Mannheim: Stadtkasse, Badische Bank, Badische Kommunale Landesbank — Girozentrale —, Commerz- und Privatbank A.-G., Darmstädter und Nationalbank (Kommanditgesellschaft auf Aktien), Deutsche Bank und Diskonto-Gesellschaft — Filiale Mannheim —, Dresdner Bank — Filiale Mannheim —, Marx & Goldschmidt.

Frankfurt a. M.: Darmstädter und Nationalbank (Kommanditgesellschaft auf Aktien), Deutsche Bank und Diskonto-Gesellschaft — Filiale Frankfurt a. M. —, Deutsche Effekten- und Wechselbank, Deutsche Vereinsbank, Dresdner Bank, M. Hohenemser, Mitteldeutsche Kreditbank — Niederlassung der Commerz- und Privatbank A.-G. —, Nassauische Landesbank — Landesbankstelle Frankfurt a. M. —.

Berlin: Commerz- und Privatbank A.-G., Darmstädter und Nationalbank (Kommanditgesellschaft auf Aktien), Delbrück, Schickler & Co., Deutsche Bank und Diskonto-Gesellschaft, Deutsche Girozentrale, Dresdner Bank, Hugo Oppenheim & Sohn, Preußische Zentralgenossenschaftskasse.

Des weiteren gebe ich nachstehend die Nummern bekannt, die bei den vorangegangenen Auslosungen gezogen, jedoch bis jetzt noch nicht zur Einlösung gebracht wurden. Die hochgestellten Ziffern bedeuten die Ziehung, bei welcher die angegebene Nummer ausgelost worden ist:

Lit. A.	347[4])	407[1])	530[4])	539[4])	648[3])	753[3])	757[4])				
Lit. B.	1219[1])	1340[1])	1433[1])	1531[3])							
Lit. C.	1625[3])	1634[1])	1641[3])	1692[1])	1789[1])	2182[4])	2228[4])	2246[1])	2546[4])	2550[4])	2820[1])
	2821[1])										
Lit. D.	3006[3])	3059[1])	3126[3])	3150[1])	3255[4])	3281[1])	3337[3])	3348[1])	3355[1])	3370[3])	3372[3])
	3459[1])	3543[3])	3850[3])	3899[3])	4329[4])	4372[1])	4807[1])	4989[1])	5316[4])	5353[4])	
Lit. E.	5563[4])	5638[1])	5653[4])	5695[4])	5825[3])	5857[3])	5875[3])	5894[1])	5900[1])	5943[3])	6096[1])
	6108[4])	6137[1])	6156[1])	6205[1])	6223[1])	6254[3])	6296[3])	6313[1])	6321[1])	6324[1])	6393[1])
	6400[1])	6404[1])	6426[4])	6555[4])	6561[1])	6624[1])	6625[1])	6627[1])	6632[4])	6643[1])	6650[3])
	7182[4])	7288[3])	7359[1])	7400[4])	7439[1])	7633[1])	7775[1])	7817[4])	7955[1])	8087[4])	8203[3])
	8571[3])	8603[4])	9028[4])	9249[4])	9359[1])	9365[1])	10043[4])	10144[4])	10160[3])	10186[1])	10306[4])
	10843[1])	10349[4])	10401[4])	10402[3])							
Lit. F.	10762[4])	10804[4])	10849[3])	10897[1])	10899[1])	10906[1])	10908[1])	10937[3])	10958[3])	10961[1])	11016[3])
	11090[3])	11120[1])	11213[4])	11255[3])	11304[1])	11351[4])	11424[3])	11566[1])	11582[4])	11691[4])	11762[1])
	11768[1])	11769[1])	11908[1])	11910[3])	12262[1])	12290[1])	12309[1])	12491[4])	12610[4])	12662[4])	13017[1])
	13131[1])	13161[1])	13371[4])	13701[1])	13850[3])	14102[1])	14114[1])	14166[4])	14171[1])	14277[3])	14297[4])
	14391[4])	14432[3])	14436[3])	14471[1])	14541[1])	14706[3])	14734[4])	15116[3])	15301[3])	15315[4])	15447[1])
	15542[4])	15584[3])	15597[4])	15673[4])	16148[1])	16195[1])	16478[1])	16489[4])	16680[3])	16694[4])	16712[3])
	16753[4])	16782[1])	16784[3])	16923[3])	17105[3])	17182[4])	17372[4])	17381[1])	17383[3])		
Lit. G.	18005[1])	18026[1])	18045[4])	18157[1])	18167[3])	18168[1])	18251[3])	18335[3])	18345[4])	18383[3])	18388[1])
	18390[4])	18417[3])	18420[3])	18421[4])	18445[1])	18466[1])	18469[1])	18472[1])	18473[1])	18484[1])	18486[1])
	18489[1])	18495[1])	18499[4])	18650[4])	18694[1])	18698[1])	18701[3])	18713[3])	18730[3])	18782[3])	18854[3])
	18858[1])	18863[4])	18877[1])	18905[3])	18916[4])	18918[3])	18988[1])	19001[4])	19081[3])	19140[1])	19516[4])
	19609[3])	19764[1])	19870[4])	19972[4])	20178[3])	20357[4])	20368[4])	20425[3])	20687[3])	20898[3])	21065[4])
	21080[4])	21278[1])	21326[3])	21438[4])	21546[4])	21633[3])	21758[1])	21781[1])	21817[4])	22143[1])	22253[1])
	22276[4])	22341[1])	22516[1])	22528[1])	22532[4])	22544[4])	22582[1])	22637[4])	22665[1])		

Mannheim, den 8. Oktober 1930.

Der Oberbürgermeister

Formulare für

Buchungsmaschinen

aller Systeme druckt in präzisester Ausführung und kürzester Zeit

DRUCKEREI G. BRAUN

(vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei u. Verlag) G.m.b.H.

KARLSRUHE, KARL-FRIEDRICH-STRASSE 14

Bauplatzumlegung im Gewann „Hochstätt" rechts des Kreiswegs Nr. 7 in Seckenheim.

Das Staatsministerium hat mit Entschließung vom 1. Oktober 1930 Nr. 10369 ausgesprochen, daß die Eigentümer der Grundstücke Lgb. Nr. 6488 und 6491 der Gemarkung Seckenheim verbunden sind, an der Neueinteilung der Grundstücke im Gewann „Hochstätt" rechts des Kreisweges der Gemarkung Seckenheim nach Maßgabe des Planes des Gemeinderats vom 18. Juli 1929 teilzunehmen.

Durch die Entscheidung des Staatsministeriums ist die Verbindlichkeit zur Abtretung oder zur Duldung von Beschränkungen des Eigentums oder von Rechten an Grundstücken in dem durch die Verhandlungen festgestellten Umfange ausgesprochen worden. O.990.

Mannheim, den 18. Oktober 1930.

Bad. Bezirksamt Abt. VI.

Auslosung der Anleiheablösungsschuld der Stadt Konstanz

Bei der heute vorgenommenen Ziehung der Auslosungsrechte für das Jahr 1930 wurden folgende Nummern gezogen:

Buchstabe A: Nr. 22, 87, 89, 96, 97, 109, 136, 160.
Buchstabe B: Nr. 3, 12.
Buchstabe C: Nr. 8, 40, 49, 68, 81, 114, 116, 126, 132, 156.
Buchstabe D: Nr. 50, 51, 73, 76, 86, 110, 145, 157, 164, 181.
Buchstabe E: Nr. 17, 27, 63, 71, 77, 113, 120, 126, 139, 149, 172, 189, 190, 196, 222, 250.
Buchstabe F: Nr. 17, 32, 36, 44, 46, 71, 90, 121, 124, 132, 138, 149, 162, 165, 166, 168, 191, 220, 226.

Bei der Einlösung werden für je 12,50 *RM* Nennwert der Auslosungsscheine bezahlt . . . . . 62,50 *RM*
dazu 5 v. H. Zins für 5 Jahre 15,65 *RM*
abzüglich 10 v. H. Kapitalertragssteuer . . . . . 1,55 *RM* 14,10 *RM*
zusammen . . 76,60 *RM*.

Die Einlösung der gezogenen Auslosungsscheine erfolgt vom 31. Dezember 1930 ab gegen Rückgabe der Auslosungsscheine und eines gleichen Nennbetrages in Schuldverschreibungen der Anleiheablösungsschuld der Stadt Konstanz bei der Stadtkasse Konstanz.

Aus früheren Jahren sind folgende gezogene Auslosungsscheine noch nicht zur Einlösung vorgelegt worden:

Für 1926 und 1927:
Buchstabe D: Nr. 29, 166.
Buchstabe E: Nr. 49, 75.
Buchstabe F: Nr. 79, 148.

Für 1928:
Buchstabe D: Nr. 127.
Buchstabe E: Nr. 154, 228.
Buchstabe F: Nr. 22, 95, 145.

Für 1929:
Buchstabe C: Nr. 93, 115.
Buchstabe D: Nr. 74, 176.
Buchstabe E: Nr. 90, 96, 122.
Buchstabe F: Nr. 61, 225.

Die Verzinsung dieser früher gezogenen Auslosungsscheine hat mit dem Ende des Ziehungsjahres aufgehört.

Konstanz, den 21. Oktober 1930. K.669

Der Oberbürgermeister.

PORPHYRWERK DOSSENHEIM

HANS VATTER
DOSSENHEIM A.D. BERGSTR.

LIEFERT AUS SCHLOSS- U. HECKENMARKBRUCH ERSTKLASSIGES

STRASSENBAU-MATERIAL

Steinlieferung zum Rheinbau.

Bad. Rheinbauamt Freiburg vergibt in öffentl. Verdingung die freie Lieferung von 5850 cbm Rheinbausteinen auf die **Lagerplätze am Rhein** in 15 Losen, wobei auch in Teilmengen angeboten werden kann. Die Angebote mit Aufschrift „Steinlieferung" versehen, sind verschlossen und postfrei bis **Donnerstag, den 30. Oktober 1930, vorm. 10 Uhr,** auf dem Geschäftszimmer d. Rheinbauamtes Freiburg, Thurnseestraße 16, einzureichen, wo um diese Zeit die Eröffnung der Angebote stattfindet. Die Vergebungsbedingungen, welche nicht abgegeben werden, liegen hier und bei den Wasserbaumeistern in Neuenburg, Breisach und Weisweil zur Einsicht auf, auch können daselbst Angebotsvordrucke mit Leistungsverzeichnis in Empfang genommen werden. Zuschlagsfrist 15. November 1930. O.969

Donnerstag, 23. Okt. 1930
*D 5 (Donnerstagmiete)
Th.-Gem. 501—600 und 701—800

Die Prinzessin und der Eintänzer

Lustspiel von Engel und Grünwald

Regie: v. d. Trenck

Mitwirkende:
Ermarth, Frauendorfer, Genter, Jank, Nyhoff, Rademacher, Seiling, Guse, Hebeisen, Gemmecke, Graf, Herz, Höcker, Kloeble, Kuhne, Mehner, Müller, Prüter, Grimm, H. Kienscherf, Luther, H. Müller, Seibert.

Anfang 20 Ende 22¼
Preise A (0,70—5 *RM*)

Fr. 24. 10. Die Jüdin. Sa. 25. 10. Zum erstenmal: Advokat Patelin. Hierauf: Neu einstudiert: Der Diener zweier Herren. So. 26. 10. Nachm.: Der Waffenschmied Abends: Falstaff. Im Kzths. Keine Vorstellg. Mo. 27.10. Die Nibelungen. I. u. II. Abt.

Wir werben für Sie!

Öffentl. Spar- u. Waisenkasse Freudenberg (Bd.)

Bilanz per 31. Dezember 1929

Vermögen:	RM	Schulden:	RM
1. Kassabestand	1 340,49	1. Spareinlagen	59 599,06
2. Rückstände	239,57	2. Rücklagen	1 180,24
3. Guthaben bei Girozentr. und Spark. Wertheim	7 770,58	3. Reingewinn	780,17
4. Darlehen auf Schuldscheine	7 953,—		
5. Darlehen auf Hypotheken	24 390,—		
6. Darlehen auf Gemeinden	11 600,—		
7. Aufwertungsforderungen	5 141,86		
8. Aufwertungsabrechnungskonto	3 122,97		
9. Gerätschaften	1,—		
	61 559,47		61 559,47

Der Verwaltungsrat: gez. Hofmann O.977

Druck G. Braun, Karlsruhe